Trump und die Krise der Demokratie in den USA

Christian Lammert

> »We face a deficit of trust - deep and corrosive doubts about how Washington works that have been growing for years« (President Barack Obama, State of the Union Address, 27. Januar 2010)

Nicht erst mit Trumps Wahlsieg 2016 setzte eine intensive Debatte über den Zustand der Demokratie in den USA ein. Stetig wachsende Ungleichheiten in der Einkommens- und Wohlstandsverteilung, die Finanzkrise 2008 und der zunehmende Einfluss des Geldes in der Politik haben Fragen nach dem Zustand der Demokratie nicht nur in den USA ganz oben auf die Agenda des öffentlichen Diskurses gesetzt. Zwei verschiedene Narrative bestimmen seitdem die Debatte. Der eine Diskurs analysiert Trump als eine Art Stresstest für die Demokratie in den USA. Können die etablierten Mechanismen der *Checks and Balances* den Präsidenten in Schach und die US-Demokratie am Leben halten? Allerdings kann die Wahl Trumps auch als Ausdruck und Symptom einer tiefergehenden Krise der Demokratie verstanden werden, die wir nicht nur in den USA - aber dort besonders ausgeprägt - sehen. Und das ist das zweite Narrativ. Im Kern dieser Krise steht ein Vertrauensverlust der Bürger in die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der etablierten politischen Institutionen und Akteure. Immer größere Teile der Gesellschaft sehen sich von der Politik nicht mehr ausrei- chend repräsentiert und gehört. Populisten und Anti-Establishment-Partei- en in fast allen westlichen Demokratien mobilisieren momentan sehr erfolgreich diese Unzufriedenheit in den Gesellschaften. Dieser Groll richtet sich dabei gegen eine Politik in westlichen Demokratien, die in den letzten 30 Jahren zumeist als alternativlos beschrieben und gerechtfertigt worden ist (Lammert/Vormann 2017). Eine Politik der Privatisierung und Deregulierung, die die Bürger immer stärker vom Markt abhängig macht und die öffentliche Absicherung gegen soziale Risiken zurückfährt. Jacob Hacker beschrieb diese Politik als »the great risk shift« (Hacker 2008). Ökonomische Risiken werden zunehmend von den starken Schultern des Staates und der Unternehmen auf den Einzelnen verschoben. Und die Folgen in den USA: ökonomische Ungleichheit stieg auf Werte an, wie sie die USA seit den 1920er Jahren nicht gesehen haben. In der Finanzkrise 2008 haben viele Menschen ihre Häuser und ihre Ersparnisse verloren und eine norma-

le Erwerbsbiographie reicht kaum mehr aus, um ein sicheres Einkommen im Alter zu haben. *Make America Great Again*, Trumps Wahlslogan greift diese Unzufriedenheit auf und verspricht den Weg in eine Vergangenheit, in der alles besser gewesen sei, so zumindest die Behauptung.

Es ist an der Zeit, eine erste kleine Bilanz zu ziehen. Konnte Trump den Erwartungen seiner Wähler gerecht werden? Hat er den Sumpf der Korruption und des großen Geldes in Washington, D.C., austrocknen und die Regierung wieder zurück in die Hände der US-Bürger legen können? Das waren zumindest die Versprechungen, die er in seinem Wahlkampf und auch bei seiner Amtseinführung betont hat. Wie zufrieden sind die Bürger mit der Politik unter Trump? Hier geht es weniger um eine Bilanz und Bewertung der Politik der Administration Trump, sondern um einen Blick in die öffentliche Meinung. Wie bewerten die Bürger den Zustand der Demokratie im Allgemeinen und die Politik der Trump-Administration im Besonderen?

Das Demokratiedefizit in den USA

Noch bevor Trump 2017 die Amtsgeschäfte im Weißen Haus übernommen hat, wurden die USA vom *Economist* in seinem Demokratieindex 2016 auf eine defekte Demokratie herabgestuft und daran hat sich auch im jüngsten Ranking von 2018 nichts verändert, ganz im Gegenteil, zwei Jahre nach Trumps Wahl schnitten die USA noch schlechter ab (Economist Intellegence Unit 2019). Damit sind sie in den letzten zehn Jahren von Platz 18 auf aktuell Platz 25 abgerutscht. Dies liegt in erster Linie an der Kategorie *Functioning of Government*, die aufgrund der extremen politischen Polarisierung und des absinkenden Vertrauens in die zentralen politischen Institutionen weiter zurückgegangen ist. Insbesondere der US-Kongress genießt kaum noch Vertrauen innerhalb der US-Gesellschaft. Nach Umfragen von Gallup waren 2018 nur 18 Prozent der Befragten mit der Arbeit der Legislative zufrieden (Economist Intellegence Unit 2019). Im Jahre 2000 lag die Zustimmungsrate noch bei 40 Prozent. Erklären lässt sich dieser Vertrauensverlust primär mit der parteipolitischen Polarisierung im politischen Prozess. Parteien, so die gängige Einschätzung, agieren nur noch gegeneinander, versuchen die Initiativen der anderen Partei zu blockieren, was letztendlich zu einer Blockade des politischen Entscheidungsprozesses führt. Ein Präsident, der keinem der beiden Lager angehört, so die Hoffnung kurz nach Trumps Wahlsieg, sei vielleicht in der Lage Brücken zwischen den beiden Lagern zu bauen. Dies ist Trump aber nicht gelungen, er hat es auch eigentlich gar nicht versucht. Sein Amtsstil,

der starke Elemente aus dem Wahlkampf kopierte und auf die Mobilisierung seiner Kernwählerschaft gerichtet ist, vertiefte die Gräben zwischen den beiden politischen Lagern noch weiter.

Im zweiten Jahr seiner Amtszeit änderte Trump seinen Regierungsstil, sicherlich auch, weil er realisierte, dass er mit und im Kongress keine Politik gestalten kann. Verstärkt nutzte Trump die Instrumente des Präsidenten in der direkten politischen Gestaltung - Exekutivanordnungen, mit denen er ohne Zustimmung des Kongresses gestalterisch in die Politik eingreifen kann. Die meisten seiner Politikinitiativen 2018 - wie z.B. die Eskalation im Handelsstreit mit China, die diplomatischen Initiativen mit Nordkorea und die weitreichende Deregulierung in den Bereichen Energie, Bergbau und der Automobilindustrie - setzte er ohne Unterstützung des Kongresses um. Zudem stellte er immer öfter die Funktion der Judikative als dritte Säule im System der Gewaltenteilung in Frage. Dies war einerseits eine Reaktion auf die Untersuchungen des Justizministeriums, die klären sollen, inwieweit es im Wahlkampf zu einer Einflussnahme Russlands gekommen ist und welche Rolle das Wahlkampfteam von Trump hierbei gespielt hat. Andererseits haben die Gerichte zahlreiche seiner Exekutivanordnungen für nicht verfassungsgemäss erklärt und wieder zurückgenommen, sehr zum Missfallen Trumps. Das System der *Checks and Balances*, der gegenseitigen Gewaltenkontrolle, funktioniert also in den USA, wird aber von den Bürgern mehr und mehr als Blockade gelesen, als ein System, in dem Streit dominiert und keine Lösungen für anstehenden Probleme mehr gefunden werden können.

Wie schätzt nun die Bevölkerung den neuen Präsidenten ein? Konnte er den Vertrauensverlust in die zentralen Institutionen der Politik stoppen? Hat er den erhofften Wandel gebracht, den sich die US-Bürger so ersehnt haben? Konnte Trump Alternativen zur Alternativlosigkeit bieten? Oder sind die US-Bürger inzwischen so demokratiemüde, dass auch ein Trump hier nichts mehr retten kann? Vorweg kann gleich gesagt werden, dass sich eine eindeutige Antwort aus den Umfragedaten nicht ablesen lässt. Es zeigen sich aber interessante Muster, die viel über den aktuellen Zustand der Demokratie in den USA aussagen. Hier muss in erster Linie die tiefe parteipolitische und ideologische Spaltung der US-Gesellschaft genannt werden. Die zweite zentrale Erkenntnis, die in den Umfragen deutlich wird: Trump brachte nicht die von seinen Anhängern erhoffte Wende zum Besseren. Die Unzufriedenheit mit der Politik in Washington, D.C., nimmt weiter zu.

Demokratie in den USA: Anspruch und Wirklichkeit

Die Bürger zeigen sich in Umfragen zunehmend unzufrieden mit dem Zustand der Politik in den USA. Das Vertrauen in zentrale politische Institutionen wie den Präsidenten und den Kongress ist deutlich zurückgegangen. Zusammen mit den historisch niedrigen Werten politischer Partizipation, kommen Foa und Munck (2017) zu dem Schluss, dass die Bürger in den USA nicht nur mit der Performanz ihrer politischen Entscheidungsträger unzufrieden sind, sie würden auch zunehmend das Modell einer liberalen Demokratie in Frage stellen. Und dies sei nicht nur ein Spezifikum für die USA, in allen westlichen Ländern, so Foa und Munck, seien vergleichbare Tendenzen erkennbar. Die Daten von *Pew Research Center* lassen einen solchen Schluss allerdings nicht zu, eine generelle Demokratiemüdigkeit wird hier nicht deutlich. Das zeigen zum einen die zahlreichen Proteste seit Trumps Amtsantritt, aber auch die starke politische Mobilisierung bei den Zwischenwahlen 2018. Zudem wird in Umfragen deutlich, dass US-Bürger generell und weiterhin den grundlegenden demokratischen Idealen und Werten zustimmen. Allerdings stellen sie ihrem Land schlechte Noten aus, wenn es darum geht, wie diese politischen Werte und Ideale noch umgesetzt werden (Pew Research 2018). Die Liste der Kritik ist lang und reicht von mangelnder Transparenz politischer Entscheidungsprozesse bis zum mangelnden Verantwortungsbewusstsein der Politiker. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Demokratie in den USA wird von den Befragten sehr sensibel wahrgenommen. Rund 84 Prozent sehen im Schutz von Rechten und Freiheiten der Bürger eines der wichtigsten Elemente einer Demokratie, die vom Staat geschützt werden müssten. Allerdings sagen nur 47 Prozent der Befragten, dass dies in den USA noch der Fall sei (Pew Research 2018). Folglich fordert auch eine Mehrheit von über 60 Prozent signifikante Reformen und Veränderungen im Regierungssystem, um diesen demokratischen Idealen wieder gerecht zu werden. Über das »Wie« besteht dann allerdings weniger Einigkeit. Vorschläge für Verfassungsänderungen, um das Repräsentationsprinzip im Senat zu verändern oder die Anzahl der Abgeordneten im Repräsentantenhaus zu erhöhen, finden keine Mehrheit. Allerdings spricht sich eine Mehrheit von immerhin 55 Prozent für eine Abschaffung des *Electoral College* aus, damit der- oder diejenige bei den Präsidentschaftswahlen siegt, die oder der die meisten Stimmen bekommt (*Popular Vote*).

Anti-demokratische Tendenzen zeigen sich auch nicht, wenn nach den zentralen Institutionen einer repräsentativen Demokratie gefragt wird. Das System der Gewaltenteilung und freier Wahlen findet weiterhin weitreichende Unterstützung innerhalb der Bevölkerung, ganz unabhängig von

der parteipolitischen Couleur der Befragten (Pew Research 2017b). Auch einen starken Anführer oder Präsidenten wünschen sich die US-Bürger nicht. Ganz im Gegenteil, insgesamt sehen sie eine sehr große Gefahr darin, dem Präsidenten zu viel Macht zu geben. Rund 77 Prozent wollen den Präsidenten ins System der Gewaltenteilung eingebunden sehen, nur 17 Prozent sprechen sich dafür aus, dass der Präsident mehr Macht haben sollte, um so effektiver in die Politikgestaltung eingreifen zu können.

Doch auch wenn die zentralen Institutionen der Demokratie weiterhin hohe Zustimmung finden, die Art und Weise, wie in diesem Kontext Politik gemacht wird, wird zunehmend kritisch gesehen. Nach Daten von *Pew Research* (2017) schätzen die Bürger die Arbeit der Regierung in zentralen Politikbereichen immer schlechter ein. Insgesamt denken nur noch 18 Prozent der Befragten, dass die Bundesregierung im Allgemeinen einen guten Job macht. Aber hier setzt sich lediglich ein Trend fort, der bereits in den 1960er Jahren mit einigen kleineren Unterbrechungen einsetzte: das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung nimmt kontinuierlich ab. Von einem Höchstwert von 77 Prozent im Jahr 1964 auf jetzt magere 18 Prozent. Ein Ausreißer dieses Trends ist kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu sehen, als der Vertrauenswert wieder hohe 60 Prozent erreichte - *Rally around the Flag* nennen Politikwissenschaftler diesen Effekt, der allerdings nicht lange anhielt. Es könnte relativierend eingewandt werden, nun gut, die US-Bürger standen der Bundesregierung schon immer kritisch gegenüber. *Big Government* gilt traditionell eher als Problem denn als Lösung, insbesondere bei der politischen Rechten. Aber dies zeigen die Daten eben nicht. Generell wünschen die Befragten eine aktive Rolle der Regierung in Fragen der militärischen und sozialen Sicherheit. Rund 94 Prozent von ihnen wünschen eine aktive Rolle der Bundesregierung im Kampf gegen den Terrorismus. Werte von über 80 Prozent finden sich auch für die Bereiche Katastrophenschutz, Immigrations- und Verbraucherschutz im Ernährungsbereich und bei der Medizin. Aber auch in der Umwelt-, Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik wünscht sich über 70 Prozent der Befragten eine aktive Rolle der Bundesregierung. Aber sie trauen den jetzigen politischen Eliten nicht zu, adäquate Lösungen auf anstehende Probleme zu finden.

Dies zeigt sich insbesondere im sozialpolitischen Bereich und lässt sich primär mit der stark gewachsenen Ungleichheit in der Einkommens- und Wohlstandsverteilung erklären. Im Zeitraum von 2015 bis 2017 ist das Vertrauen der Bürger insbesondere in den Bereichen zurückgegangen, in denen die Regierung unterstützend und schützend eingreift. Drastisch bei der Frage, ob die Regierung den Zugang zur Gesundheitsversorgung garantieren (Rückgang um 20 Prozentpunkte), die Umwelt schützen (15 Pro-

zentpunkte) oder den Menschen aus der Armut helfen kann (10 Prozentpunkte). Lediglich bei Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und inwieweit die Regierung mit dem Problem der Immigration fertig wird, ist das Vertrauen zwischen 2015 und 2017 leicht angestiegen (Pew Research 2017). Kein Wunder also, dass die US-Bürger ihren lokalen politischen Institutionen mehr trauen als den Institutionen in Washington, D.C. Die lokalen Entscheidungsträger genießen ein weit höheres Vertrauen (67 Prozent) als diejenigen auf der Bundesebene (35 Prozent). Zugleich zeigen sich die Bürger auch weitaus zufriedener mit ihren Abgeordneten, die sie nach Washington, D.C., schicken als mit der Institution Kongress im Allgemeinen (Pew Research 2018). Demokratiemüdigkeit sieht anders aus.

Anhand dieser Daten wird deutlich, dass die US-Bürger insgesamt sehr differenziert über die Arbeit und Rolle der Bundesregierung befinden. Werden die Fragen aber abstrakter, dann zeigt sich doch eine insgesamt große Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie Politik in den USA momentan gemacht wird. 55 Prozent beschreiben ihr Gefühl gegenüber der Arbeit der Regierung als frustriert, 24 Prozent sind gar wütend, während nur 17 Prozent mit der Arbeit Ende 2017 zufrieden waren (Pew Research 2017). Seit Trump im Amt ist, ist die Wut auf die Regierung insbesondere bei den Anhängern der Demokraten deutlich nach oben gegangen (29 Prozent). Unter Obama waren nur rund 11 Prozent der Anhänger der Demokraten wütend auf die Regierung. Ein spiegelverkehrtes Bild zeigt sich bei den Anhängern der Republikaner. Im Moment sind 19 Prozent wütend auf die Regierung unter Trump, unter Obama lag der Wert noch bei rund 30 Prozent.

Die Polarisierten Staaten von Amerika

Die Einschätzung, ob eine Regierung einen guten Job macht und welche Funktion die Bundesregierung überhaupt haben soll, hängt natürlich auch davon ab, ob man Anhänger der Partei ist, die den Präsidenten stellt oder nicht. In den USA ist dies ganz besonders ausgeprägt und muss in einem engen Zusammenhang mit der tiefen Spaltung der US-amerikanischen Gesellschaft gesehen werden. Als Obama noch Präsident war, waren deutlich mehr Anhänger der Demokraten zufrieden mit der Arbeit der Regierung als die Anhänger der Republikanischen Partei. Ein interessantes Phänomen zeigt sich allerdings im Kontext der Wahl Trumps. Es ist zwar typisch, dass die Anhänger der Partei, die in den Wahlen verloren hat, den Status der Nation insgesamt schlechter bewerten, allerdings ist der Umschwung, der mit der Wahl von Trump zu beobachten war, deutlich größer ausgefal-

len als bei den drei vorangegangenen Machtwechseln im Weißen Haus (Pew Research 2017c). In einigen Bereichen allerdings, insbesondere in der Umweltpolitik und im Bereich des Schutzes bei Katastrophen, deckten sich die Vorstellungen der Parteianhänger beider Parteien. Dies hat sich unter Präsident Trump geändert. Die Anhänger der Republikaner schätzen die Arbeit der Regierung grundsätzlich in allen Bereichen besser ein als die Anhänger der Demokraten, die Spaltung der Gesellschaft hat also weiter zugenommen (Pew Research 2017). Insbesondere die Bundespolitik in Reaktion auf Naturkatastrophen wird von den Anhängern der Republikaner positiv eingeschätzt (88 Prozent). Demgegenüber erklären nur 51 Prozent der Anhänger der Demokraten mit diesem Bereich zufrieden zu sein. Ähnlich groß sind die Unterschiede im Bereich der Umwelt- (R:71 - D: 28) sowie der Sozial- und Wirtschaftspolitik (R: 77 - D 41).

In der Gesellschaft ist also kaum mehr Einigkeit darüber zu erzielen, in welchen Politikbereichen die Bundesregierung eine zentrale Rolle spielen soll. Aber auch mit Blick auf die Institutionen zeigen sich besorgniserregende Unterschiede in den Vorstellungen der Anhänger beider Parteien. Natürlich spiegeln diese auch immer aktuelle Probleme und Themen wider. Deutlich wird dies zum Beispiel an der Rolle und Funktion, die Medi- en in der Demokratie spielen (siehe hierzu auch den Beitrag von Curd Knüpfer in diesem Band). Demokratietheoretisch haben sie eine wichtige Funktion, werden manchmal gar als vierte Gewalt charakterisiert, eine Institution, die auf der einen Seite die Öffentlichkeit repräsentiert und über wichtige politische Entscheidungen berichtet, diese aber auch auf die Agenda der politischen Debatten setzt. Anderseits funktionieren Medien aber auch als Kontrollinstanz und kritisieren staatliches Handeln. In dieser Funktion besteht momentan aber wenig Einigkeit zwischen den Anhängern beider Parteien. Zwar denken rund 76 Prozent der Anhänger der Demokraten, dass die Medien ein Recht auf Kritik an der politischen Führung haben, bei den Anhängern der Republikaner glauben dies allerdings nur noch 49 Prozent. Dies muss sicherlich auch im Kontext der aktuellen und andauernden Kritik Trumps an den Medien gesehen werden. Allerdings gehen die Meinungen auch bei der Frage nach der Legitimation gewaltfreien Protests deutlich auseinander. Demokraten sprechen sich klar dafür aus, während die Anhänger der Republikaner dies weitaus skeptischer einschätzen (Pew Research 2018). Das sind aus einer demokratietheoretischen Perspektive problematische Daten, da die Kontrolle von Regierungshandeln durch Medien und durch gewaltfreien Protest zu den zentralen Bestandteilen einer repräsentativen Demokratie gehören.

Aber nicht nur mit Blick auf die zentralen politischen Institutionen ist die US-Gesellschaft tief gespalten. Auch in der Einschätzung anderer ge-

sellschaftlicher Institutionen unterscheiden sich die Anhänger beider Parteien zunehmend. Welche Institutionen haben momentan noch einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft, darüber herrscht kaum mehr Einigkeit innerhalb der Gesellschaft (Pew Research 2017a). Insgesamt schneiden insbesondere die Medien - wie bereits thematisiert - sehr schlecht bei der Bewertung der Bürger ab; parteiübergreifend sehen 63 Prozent einen negativen Einfluss auf die momentane Situation. Auch Banken und der Finanzsektor kommen insgesamt schlecht weg (46 Prozent negativ). Kirchen (59 Prozent) und Hochschulen (55 Prozent) werden demgegenüber positiv bewertet. Allerdings zeigen sich auch hier große parteipolitisch-ideologische Unterschiede. Für die Anhänger der Republikaner haben insbesondere Banken und Kirchen einen positiven Einfluss auf die momentane Situation. Dem gegenüber werden Hochschulen und die Medien kritisch gesehen, da sie die Gesellschaft aus Sicht der Befragten negativ beeinflussten. Insbesondere bei den Banken und bei Hochschulen zeigt sich bei den Anhängern der Demokraten ein komplett gegenläufiges Bild. Hochschulen werden sehr positiv eingeschätzt (72 Prozent), Banken eher negativ (54 Prozent).

Insgesamt belegen die Studien von *Pew Research*, dass die Spaltung zwischen den Republikanern und den Demokraten über zentrale politische Werte immer größer wird (Pew Research 2017d). Über die letzten sechs Jahre ist unter den Anhängern der Demokratischen Partei der Anteil derer, die die Regierung in der Verantwortung sehen, den Bedürftigen zu helfen, um 17 Prozentpunkte von 54 Prozent auf 71 Prozent angestiegen. Der Wert bei den Anhängern der Republikaner hat sich hier kaum verändert, nur rund ein Viertel der Befragten wünscht sich in diesem Bereich mehr Aktivitäten der Bundesregierung. Allerdings haben die Anhänger der Republikaner ihre Meinung in dieser Frage in den Jahren davor stark verändert. Sprachen sich 2007, also kurz vor der Wahl Obamas zum Präsidenten, noch 45 Prozent für eine aktive Rolle der Bundesregierung bei der Hilfe Bedürftiger aus, sank der Wert bis 2011 auf 25 Prozent (Pew Research 2017d).

In den vergangenen Jahren hat sich auch die Einstellung der Anhänger der Demokraten in der Frage von »racial discrimination« verändert. Momentan stimmen 41 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass der schlechte sozio-ökonomische Status von Schwarzen auf eine systematische Diskriminierung dieser Gesellschaftsgruppe zurückzuführen ist. Dies ist der höchste Wert seit 23 Jahren. Allerdings sagen noch immer 49 Prozent der Befragten, dass die Schwarzen selber an ihrer Situation schuld seien. Als diese Frage Mitte der 1990er Jahre zum ersten Mal gestellt wurde, un-

terschieden sich die Anhänger beider Parteien in lediglich um 13 Prozentpunkte, heute sind es 50.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Einschätzung von Immigranten. Insgesamt sehen fast Zweidrittel der US-Bürger in Immigranten ein positives Potenzial, lediglich 26 Prozent sehen sie als eine Last an. Aber auch hier zeigen sich deutlich parteipolitische Differenzen in der Einschätzung. Unter den Anhängern der Demokraten ist der Anteil derjenigen, die die Immigranten positiv sehen von 32 Prozent im Jahr 1994 auf aktuell 84 Prozent angestiegen. Ganz anders bei den Republikanern. Dort sahen bereits 1994 44 Prozent in den Immigranten eine Belastung für die Gesellschaft, dieser Wert ist bis heute noch auf 64 Prozent angestiegen. Das *Pew Research Center* kalkuliert jedes Jahr auf der Grundlage unterschiedlicher Wertvorstellung die Spaltung zwischen den beiden politischen Lagern (Pew Research 2017d). Dieser Wert ist von 15 Prozentpunkten Mitte der 1990er Jahre auf 36 Prozentpunkte im Jahr 2017 angestiegen.

Die öffentliche Meinung nach zwei Jahren Trump

In den Zwischenwahlen im November 2018 konnten die Demokraten einen großen politischen Gewinn einfahren. Sie haben die Macht im Repräsentantenhaus übernommen und verfugen jetzt über weitaus größere Kontrollmöglichkeiten auf die Politik des Weißen Hauses. Diese neue Machtposition und die Spaltung in die beiden politischen Lager haben dann dazu geführt, dass sich Demokraten, Republikaner und Trump nicht auf einen gemeinsamen Haushalt haben einigen können. Trumps Forderung zur Finanzierung der Mauer wird von den Demokraten grundsätzlich abgelehnt. Nur kurze Zeit nach den Zwischenwahlen im November kam es deshalb zu einem *Government Shutdown*, der sich mit 35 Tagen zum längsten *Shutdown* in der Geschichte der USA entwickelte, der nur durch eine temporäre Einigung beendet werden konnte. Der eigentliche Konflikt ist aber weiterhin nicht ausgeräumt.

Und wie genau schneidet Donald Trump ab, konnte er die Erwartungen und auch Befürchtungen erfüllen? Hier muss natürlich vorweggesagt werden, dass die Erwartungen an die Präsidentschaft Trumps insgesamt sehr gering waren. Nur 40 Prozent zeigten sich positiv in ihrer Einschätzung, dass Trump einen besseren Regierungsstil nach Washington, D.C., bringen würde. Nach zwei Jahren Amtszeit denken dies sogar noch nur 37 Pro- zent der Befragten (Pew Research 2018a). Aber auch hier variieren die Erwartungen zwischen den Anhänger beider Parteien. Republikaner glauben zu einer großen Mehrheit (72 Prozent) noch immer, dass Trump die Poli-

tik verbessert habe, auf der anderen Seite glauben dies nur noch 8 Prozent der Demokraten. Insgesamt erhält Trump keine besonders guten Bewertungen seiner Amtsführung. 61 Prozent sagten Ende 2018 er würde keine offene und transparente Administration anführen, 62 Prozent sehen eine Verschlechterung des Ansehens der USA in der Welt durch seine Amtsführung und immerhin 55 Prozent zeigen sich überzeugt, dass sein Amtsstil starke Elemente von Nepotismus beinhalte.

Insgesamt konnte Trump in seinen ersten beiden Amtsjahren nur eine bescheidene politische Bilanz vorlegen, insbesondere im legislativen Bereich und beim Versuch überparteiliche Koalitionen zu bilden. Die Polarisierung der politischen Eliten und der Gesellschaft insgesamt hat weiter zugenommen. Und das wird auch von den Bürgern nicht anders gesehen. Die erhoffte Erneuerung, die einige mit der Wahl Trumps verbanden, ist nicht eingetreten. Die überwiegende Zahl der US-Bürger kommt noch immer zu dem Schluss, dass es Trump an vielen zentralen Eigenschaften fehlt, die man gewöhnlicherweise einem Präsidenten zuschreibt. Im Ver- gleich zu seinen Amtsvorgängern schneidet Trump in allen Bewertungskategorien schlechter ab. Aber auch hier zeigt sich erneut eine große Spaltung zwischen den Anhängern der beiden Parteien und diese Polarisierung hat in den letzten 30 Jahren kontinuierlich zugenommen. Umfragen zeigen auch, dass es Trump am notwendigen Respekt für die demokratischen Institutionen fehlt (Pew Research 2018). Lediglich 45 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Trump großen Respekt vor den demokratischen Institutionen und Traditionen der USA hat. Natürlich trauen die Anhänger der Republikaner Trump mehr als die Anhänger der Demokraten.

Auch Trumps Persönlichkeit spaltet die Gesellschaft weiterhin. Lediglich seine Kernanhängerschaft zeigt sich weiterhin begeistert von seinem Charakter. Ganz das Gegenteil auf der anderen Seite des ideologischen Spektrums. In einer offenen Frage nach den Stärken Trumps, nennen immerhin 60 Prozent seiner Anhänger seine Persönlichkeit, lediglich 20 Prozent nennt seine Policy-Agenda. Insgesamt beschreiben die Befragten ihn als unausgeglichen (70 Prozent), wenig glaubwürdig (61 Prozent), uninteressiert an den Belangen der Menschen (61 Prozent) und nicht gut informiert über die Politik (57 Prozent) (Pew Research 2018). Die Befragten schätzen an Trump allerdings, dass er für seine Ziele einsteht (68 Prozent) und er Anliegen auch durchsetzen kann (50 Prozent). Insgesamt wird seine Amtsführung allerdings nicht positiv eingeschätzt. Lediglich 38 Prozent im Schnitt sind mit seiner Amtsführung zufrieden. Diese Einschätzung unterliegt auch keinen großen Schwankungen, wie dies bei vorherigen Präsidenten häufig der Fall gewesen ist.

Unterscheidet man nach bestimmten demographischen Faktoren, so zeigt sich im Kern die durch *Exit Polls* bereits bekannte Kernanhängerschaft von Trump. Während Weiße gespalten auf den Präsidenten schauen (jeweils 47 Prozent Zufriedenheit und Unzufriedenheit) ist eine große Mehrheit der Schwarzen (84 Prozent) und Hispanics (71 Prozent) unzufrieden mit der Art und Weise, wie Trump seine Amtsgeschäfte führt. Je jünger die Menschen, desto eher zeigen sie sich unzufrieden mit Trump, das Gleiche gilt auch für den Bildungsabschluss: je besser ausgebildet, desto geringer das Ansehen Trumps. Evangelikale unterstützen Trump in einem größeren Maße (67 Prozent) als Mainline-Protestanten (52 Prozent). Katholiken zeigen sich mehrheitlich unzufrieden mit seiner Amtsführung (55 Prozent), ganz schlecht schneidet Trump bei Atheisten ab, 71 Prozent von ihnen äußern sich unzufrieden mit Trump. Natürlich unterscheiden sich die Werte auch zwischen den jeweiligen Parteianhängern. Annähernd 80 Prozent der Republikaner sind zufrieden mit Trump, auf der anderen Seite zeigen sich 95 Prozent der Demokraten unzufrieden mit der Art und Weise wie Trump sein Amt ausführt (Pew Research 2018b).

Auch die Erwartungshaltung an die nächsten beiden Amtsjahre lassen Trump in keinem sehr guten Licht erscheinen. Kurz nach den Zwischenwahlen befragte *Pew Research* die Bürger nach ihren Einschätzungen zu den Zwischenwahlen und zum Zustand der Politik in den USA im Allgemeinen. Insgesamt zeigten sich die Befragten sehr zufrieden mit dem Wahlausgang im November 2018 (Pew Research 2018g). Allerdings glaubt kaum jemand, dass Trump und die Demokraten konstruktiv politisch Zusammenarbeiten werden können. Viele erwarten eine Blockade des politischen Systems für zwei weitere Jahre und nur 9 Prozent sind davon überzeugt, dass sich das Verhältnis zwischen den beiden Parteien verbessern wird. Nachdem die Demokraten seit den Zwischenwahlen über eine Mehrheit im Repräsentantenhaus verfügen, glauben sogar 44 Prozent der Befragten, dass sich das Verhältnis zwischen den Republikanern und den Demokraten noch weiter verschlechtern wird.

Insgesamt trauen die US-Bürger momentan den Demokraten bei der Lösung zentraler politischer Probleme mehr zu als Trump. Dies ist insbesondere im Bereich der Umweltpolitik der Fall, wo 55 Prozent mehr Hoffnung in die Demokraten setzen und lediglich 19 Prozent weiterhin Trump Lösungen Zutrauen. Ähnlich sieht es in den Bereichen Gesundheit (51 zu 28) und Rentenversicherung aus (48 zu 26). Trump schneidet lediglich in den Bereichen Schaffung von Arbeitsplätzen, ökonomischer Wachstum (44 zu 33) sowie Handelspolitik (40 zu 38) besser ab als die Demokraten. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass insbesondere Wirtschafts-

Wachstum und Arbeitsplätze stets an der Spitze der Prioritätenliste der US-Bürger stehen und besondere Bedeutung für den Präsidenten haben.

Natürlich wird angesicht der fortsgeschrittenen ersten Amtszeit bereits der Blick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen gelegt und der Frage nachgeangen, welche Aussichten Trump auf eine zweite Amtszeit hat. Ein zentraler Faktor ist dabei, inwiefern Trump weiterhin von seiner Kernklientel und der Republikanischen Partei unterstützt wird.

Trump bekommt Unterstützung durch die Republikanische Partei, solange die Republikaner davon überzeugt sind, dass man mit ihm noch Wahlen gewinnen kann. Und hier stellen die Anhänger Trump mit Blick auf die Zwischenwahlen insgesamt eine positive Bilanz aus: 61 Prozent zeigen sich überzeugt, dass Trump den Kandidaten der Republikanern in den Wahlkämpfen geholfen hat, lediglich 9 Prozent denken, seine Hilfe hätte geschadet. Eine Mehrheit von 61 Prozent wünscht sich auch keine Konkurrenten zu Trump im Vorwahlkampf zur Nominierung des Präsidentschaftskandidaten 2020. 37 Prozent, hingegen, wünschen sich solche Herausforderer.

Bleibt ein Blick auf eines der umstrittensten Themen in der US-amerikanischen Politik der Trump-Präsidentschaft: der Bau der Mauer zu Mexiko. Dies war das zentrale Wahlversprechen Trumps und hier fordern seine Basis und auch seine Unterstützer im konservativen Flügel der Republikanischen Partei sowie in den konservativen Medien, dass Trump nun endlich liefern müsse. Die Demokraten, mit ihrer neuen Mehrheit im Repräsentantenhaus, verweigern Trump allerdings die notwendigen Gelder für den Bau der Mauer. Folglich konnten sich Trump und der Kongress auch auf keinen neuen Haushalt einigen, was dann zum längsten *Shutdown* in der Geschichte der USA geführt hat. Wer hier letztendlich als Gewinner aus diesem Streit hervorgeht, ist momentan noch nicht absehbar. Eine neue Umfrage von *Pew Research* (2019) stellt fest, dass eine Mehrheit von 58 Prozent sich gegen eine substantielle Erweiterung der Mauer an der Grenze zu Mexiko ausspricht, für die Trump 5,7 Milliarden US-Dollar fordert.

Aber auch hier zeigen sich starke parteipolitische Unterschiede: Republikaner wollen zu einer großen Mehrheit eine Mauer, Demokraten lehnen sie ab. Und so verwundert es auch nicht, dass die Einschätzung zum *Shutdown* dahingegen variiert, ob die Befragten eine Mauer haben wollen oder nicht. Trumps Unterstützer fänden es nicht akzeptabel, den *Shutdown* zu beenden, bevor die Demokraten das Geld für den Mauerbau bereitstellen (72 Prozent). Auf der anderen Seite wollen 88 Prozent der Gegner der Mauer Konzessionen seitens der Demokraten sehen. Ein Zwischenweg scheint hier wie in vielen anderen Politikbereichen ausgeschlossen.

Insgesamt zeigen die Daten kein gutes Gesamtbild zum Zustand der Politik in den USA. Dies betrifft insbesondere die Frage nach der Responsivität der Bundesregierung, also dem Ausmaß in dem die Regierung auf die Interessen ihrer Bürger reagiert und entsprechende Reformgesetzgebungen in Gang setzt. Hier schneiden die politischen Eliten in der Bewertung der Bürger weiterhin sehr schlecht ab. Trump ist es also nicht gelungen, den Sumpf in Washington, D.C., trocken zu legen und den Einfluss der Superreichen und der Wirtschaftsinteressen auf die Politik einzugrenzen. 61 Prozent der Befragten geht nicht davon aus, dass die Regierung und die politischen Eliten auf das hört, was sie wollen (Pew Research 2018). Auch wenn sich die Anhänger der Republikaner in dieser Frage etwas optimistischer äußern, zeigt sich hier doch eher eine parteiübergreifende Unzufriedenheit. Nur noch 21 Prozent der Befragten vertritt die Meinung, dass die Regierung zum Wohle aller regiert. Zweidrittel sehen das Eigeninteresse oder den Einfluss von großen Interessengruppen als primäre Motivationsquelle der Politiker. Um dies zu ändern, sprechen sich auch große Mehrheiten dafür aus, den Einfluss des Geldes in Wahlkämpfen strikt einzuschränken. Und auch hierfür finden sich große Mehrheiten auf beiden Seiten des ideologischen Spektrums.

Unzufriedenheit und Polarisierung werden auch in den kommenden Jahren den Kontext demokratischer Entscheidungen in den USA prägen. Sollte es den zentralen politischen Institutionen und Akteuren nicht gelingen, die Sorgen der Bürger stärker aufzugreifen und in konkrete politische Inhalte umzusetzen, wird sich auch wenig am schlechten Zustand der Demokratie ändern.

Literaturverzeichnis

Hacker, Jacob S., 2008: The Great Risk Shift: The New Economic Insecurity and the Decline of the American Dream, Cambridge.

Lammert, Christian/Vormann, Boris, 2017: Die Krise der Demokratie und wie wir sie überwinden können, Berlin.

Economist Intelligence Unit: 2018: Democracy Index 2018: Me too? Political Participation, Protest and Democracy, <http://www.eiu.com/public/thankyou_download.aspx?activity=download&campaignid=Democracy2018> (27.1.2019).

Foa, Roberto Stefano/Mounck, Yascha, 2017: The Signs of Deconsolidation, in: Journal of Democracy, Vol. 28, No. 1, 5-16.

Pew Research, 2017: Government Gets Lower Ratings for Handling Health Care, Environment, Disaster Response, <http://www.people-press.org/2017/12/14/government-gets-lower-ratings-for-handling-health-care-environment-disaster-response/> (27.1.2019).

Pew Research, 2017a: Sharp Partisan Divisions in Views of National Institutions, <http://www.people-press.org/2017/07/10/sharp-partisan-divisions-in-views-of-national-institutions/> (27.1.2019).
Pew Research, 2017b: Large Majorities see Checks and Balances, Right to Protest as essential for Democracy, <http://www.people-press.org/2017/03/02/large-majo rities-see-checks-and-balances-right-to-protest-as-essential-for-democracy/> (27.1.2019) .
Pew Research, 2017c: Public Trust in Government Remains Near Historic Lows as Partisan Attitudes Shift, <http://www.people-press.org/2017/05/03/public-trus t-in-government-remains-near-historic-lows-as-partisan-attitudes-shift/> (27.1.2019) .
Pew Research, 2017d: The Partisan Divide on Political Values Grows Even Wider, <http://www.people-press.org/2017/10/05/the-partisan-divide-on-political-values- grows-even-wider/> (27.1.2019).
Pew Research, 2018: The Public, the Political System and American Democracy, <http://www.people-press.org/2018/04/26/the-public-the-political-system-and-american-democracy/> (27.1.2019).
Pew Research, 2018a: Trumps has Met the Public's Modest Expectations for his Presidency, <http://www.people-press.org/2018/08/23/trump-has-met-the-publics -modest-expectations-for-his-presidency/> (27.1.2019).
Pew Research, 2018b: Trump Gets Negative Ratings for Many Personal Traits, but Most Say he Stands Up for his Beliefs, <http://www.people-press.org/2018/10/01/ trump-gets-negative-ratings-for-many-personal-traits-but-most-say-he-stands-up-fo r-his-beliefs/> (27.1.2019).
Pew Research, 2018c: For Most Trump Voters, »Very Warm« Feelings for him Endure, <http://www.people-press.org/2018/08/09/for-most-trump-voters-very-war m-feelings-for-him-endured/> (27.1.2019).
Pew Research, 2018d: Little Partisan Agreement on the Pressing Problems Facing the U.S., <http://www.people-press.org/2018/10/15/little-partisan-agreement-on-t he-pressing-problems-facing-the-u-s/> (27.1.2019).
Pew Research: 2018e: Public Expects Gridlock, Deeper Division with Changed Political Landscapes, <http://www.people-press.Org/2018/l 1/15/public-expects-gridlock-deeper-divisions-with-changed-political-landscape/> (27.1.2019).
Pew Research, 2019: Most Border Wall Opponents, Supporters Say Shutdown Concessions are Unacceptable, <http://www.people-press.org/2019/01/16/most-b order-wall-opponents-supporters-say-shutdown-concessions-are-unacceptable/> (27.1.2019) .